

Beschlußempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Verkehr (14. Ausschuß)

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
— Drucksache 9/2359 —

Fortschreibung des Berichtes der Bundesregierung über Maßnahmen zur
Verhinderung von Tankerunfällen und zur Bekämpfung von Ölverschmutzungen
der Meere und Küsten vom 19. Dezember 1980 (Drucksache 9/72)

A. Problem

Tankerunfälle in der Deutschen Bucht können schwere Umweltschäden verursachen. Durch ein Bündel von Maßnahmen soll die Gefahr derartiger Unfälle auf ein Mindestmaß vermindert werden; außerdem sollen technische Vorkehrungen zur Bekämpfung der Ölverschmutzung getroffen werden.

B. Lösung

Der Ausschuß hält es für erforderlich, daß für diesen Zweck ausreichende Haushaltsmittel eingeplant werden. Zum 31. Dezember 1984 wird eine Fortschreibung des Berichtes gewünscht.

Einmütigkeit im Ausschuß

C. Alternativen

entfallen

D. Kosten

Hierüber sind keine Feststellungen getroffen worden.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht,

1. sicherzustellen, daß in den künftigen Haushaltsplänen ausreichende Mittel für die geplanten Maßnahmen zum Ausbau des Verkehrssicherungssystems für die Deutsche Bucht zur Verhinderung von Ölunfällen bereitgestellt werden, damit diese Maßnahmen so bald wie möglich verwirklicht werden können;
2. ihre erfolgreichen Bemühungen zur Verhinderung von Tankerunfällen und zur Bekämpfung von Ölverschmutzungen der Meere und Küsten, z. B. durch die illegale Reinigung von Tankern auf hoher See, auf nationaler und internationaler Ebene fortzusetzen;
3. zum 31. Dezember 1984 eine weitere Fortschreibung des Berichtes über Maßnahmen zur Verhinderung von Tankerunfällen und zur Bekämpfung von Ölverschmutzungen der Meere und Küsten vom 19. Dezember 1980 vorzulegen.

Bonn, den 30. November 1983

Der Ausschuß für Verkehr

Curdt	Fischer (Hamburg)
Stellv. Vorsitzender	Berichterstatler

Bericht des Abgeordneten Fischer (Hamburg)

Der Bericht in Drucksache 9/2359 wurde gemäß § 80 der Geschäftsordnung durch Schreiben des Präsidenten des Deutschen Bundestages vom 20. Mai 1983 dem Verkehrsausschuß federführend sowie dem Innenausschuß und dem Ausschuß für Forschung und Technologie zur Mitberatung überwiesen. Der Verkehrsausschuß hat die Vorlage in seiner Sitzung am 30. November 1983 behandelt.

I. Wesentlicher Inhalt des Berichtes

Tankerunfälle in der Deutschen Bucht können schwere Umweltschäden für die Küstengebiete verursachen. Durch ein aufeinander abgestimmtes Bündel von Maßnahmen soll daher der Gefahr derartiger Unfälle vorgebeugt werden. Außerdem ist es notwendig, technische Vorkehrungen zu treffen, um eingetretene Ölverschmutzungen bekämpfen zu können. Im einzelnen ist folgendes vorgesehen:

1. Revierfunküberdeckung der inneren Deutschen Bucht, um eine Sprechmöglichkeit zwischen Schifffahrt in diesem Gebiet und den Revierfunkzentralen in Wilhelmshaven, Bremerhaven und Cuxhaven zu schaffen,
2. Radarüberdeckung des inneren Teiles der Deutschen Bucht mit einer Radarstation auf Helgoland,
3. Schaffung eines Präzisions-Peilsystems für die genaue Standortbestimmung,
4. Bau von zusätzlichen schwimmenden Schifffahrtszeichen, um die optische Navigation zu erleichtern,
5. Flugüberwachung des Schiffsverkehrs in der Deutschen Bucht,
6. Erweiterung der Lotsen-Annahmepflicht,
7. Forschungsauftrag über die Entwicklung einer Black Box an Bord von Schiffen, die vom Eintritt eines Schiffes in die der Seeverkehrs-Überwachung unterliegenden Zone bis zum Verlassen dieser Zone u. a. alle Funkgespräche aufzeichnet,
8. Beschaffung von insgesamt 16 Schiffseinheiten zur Bekämpfung der Ölverschmutzung auf hoher See und für den küstennahen Einsatz.

II. Mitberatende Stellungnahmen

Der Ausschuß für Forschung und Technologie hat empfohlen, von der Vorlage Kenntnis zu nehmen und die Bundesregierung zu ersuchen,

1. für eine Bereitstellung der erforderlichen Mittel zur Durchführung der für notwendig gehaltenen Maßnahmen zu sorgen,

2. sich dem Problem des Ablassens von Bilgenwasser verstärkt zu widmen,
3. die Forschung im Bereich der Vorbeugemaßnahmen auf das Wattenmeer auszudehnen;
4. bis zum 1. Dezember 1983 konkrete Vorschläge vorzulegen, wie sie die vom Sachverständigenrat für Umweltfragen in seinem Sondergutachten „Umweltprobleme der Nordsee“ (Tz 1471—1473) erhobenen Forderungen verwirklichen will,
5. wie die Erkennungssysteme für Ölverschmutzungen der Nordsee insbesondere bei unbewegter See und die Identifikation von Schiffen, die die See verschmutzen, verbessert werden können,
6. die nationale und internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Ölverschmutzungen zu intensivieren und hierfür entsprechende Vorschläge vorzulegen.

Der Innenausschuß hat empfohlen, auf die Bundesregierung einzuwirken, daß

1. bei den Haushaltsberatungen ausreichend Mittel für die geplanten Maßnahmen zum Ausbau des Verkehrssicherungssystems für die Deutsche Bucht zur Verhinderung von Ölunfällen bereitgestellt werden, damit diese so bald wie möglich verwirklicht werden können,
2. sie zum 31. Dezember 1984 eine weitere Fortschreibung des Berichtes über Maßnahmen zur Verhinderung von Tankerunfällen und zur Bekämpfung von Ölverschmutzungen der Meere und Küsten vom 19. Dezember 1980 (Drucksache 9/72) vorlegt.

III. Verlauf der Ausschußberatungen

Der Verkehrsausschuß hat festgestellt, daß die Bundesregierung ein wirksames Programm entwickelt hat, das geeignet ist, der Gefahr von Tankerunfällen zu begegnen. Dieses Programm wird nach Maßgabe der technischen Möglichkeiten zügig verwirklicht. Nach Auffassung des Ausschusses kommt es jetzt entscheidend darauf an, daß auch in den kommenden Haushaltsjahren ausreichende Mittel bereitgestellt werden, damit das Projekt nicht durch fehlende finanzielle Mittel verzögert wird. Der Verkehrsausschuß schlägt daher einmütig eine entsprechende Entschließung vor und folgt damit insoweit den Empfehlungen der beiden mitberatenden Ausschüsse. Eine Fortschreibung des Berichtes hält der Verkehrsausschuß zum 31. Dezember 1984 für erforderlich.

Der Verkehrsausschuß hat folgende Anträge mit Stimmenmehrheit abgelehnt, die darauf abzielten,

bestimmte Einzelmaßnahmen in den Vordergrund zu stellen:

1. Die Bundesregierung sollte ersucht werden, auf die Länder Einfluß zu nehmen, um zügig die Auffanganlagen an Land für die Aufnahme von Ölresten usw. von Schiffen zu installieren.
2. Die Bundesregierung sollte weiter dazu aufgefordert werden, das geplante eigene Luftüberwachungssystem für die Deutsche Bucht zügig zu verwirklichen.
3. Die Bundesregierung sollte schließlich dazu aufgefordert werden, Vorschläge zur Verwirkli-

chung der in dem Sondergutachten „Umweltprobleme der Nordsee“ erhobenen Forderungen vorzulegen.

Die Mehrheit im Ausschuß war der Auffassung, daß es nicht sachgerecht sei, einzelne Punkte aus dem Maßnahmenkatalog in den Vordergrund zu stellen. Die Bundesregierung habe die hier angesprochenen Maßnahmen bereits tatkräftig in Angriff genommen, so daß es eines besonderen Hinweises in der geplanten EntschlieÙung nicht bedürfe. Durch die vorgesehene Formulierung der Nummer 2 der EntschlieÙung würden diese Anliegen voll abgedeckt.

Bonn, den 30. November 1983

Fischer (Hamburg)

Berichterstatler